

Polen

Kai-Olaf Lang

Zwischen Sommer 2009 und Herbst 2010 vollzog sich Polens Europapolitik auf der Basis einer weiterhin stark polarisierten Innenpolitik und einer soliden wirtschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig setzte sich der aktive außen- und europapolitische Ansatz der Regierung von Donald Tusk fort, den diese schon seit Ende 2007 verfolgte. Das Flugzeugunglück von Smolensk, bei dem am 10. April 2010 Polens Staatspräsident Lech Kaczyński und zahlreiche Angehörige der politischen Führung ums Leben kamen, versetzte das Land wochenlang in einen Zustand der Schockstarre, weckte aber auch Hoffnungen auf ein Ende der politischen und gesellschaftlichen Zerklüftungen. Während sich dieser Glaube nicht erfüllte und schon bald nach der Katastrophe scharfe innenpolitische Auseinandersetzungen geführt wurden, wirkte die Tragödie von Smolensk zumindest vorübergehend als Katalysator für die schwierigen polnisch-russischen Beziehungen. Der von der Regierung Tusk lancierte pragmatische Ansatz in der Russlandpolitik öffnete Polen neue Optionen in der EU: Polen wurde kaum mehr als Störfaktor im Verhältnis EU-Russland, sondern als wichtiger Akteur einer versachlichten Ostpolitik gesehen. Zusammen mit einer kontinuierlichen Intensivierung wichtiger bilateraler Beziehungen (etwa zu Deutschland oder zu den meisten neuen Mitgliedstaaten) und multilateraler Formate (Weimarer Dreieck, Visegrad-Gruppe, Deutschland-Polen-Russland-Trilaterale) konnte Polen daher seine europapolitische Effizienz weiter verbessern.

Dominanz der Bürgerplattform

Premierminister Tusk war in der Lage, die eigenen Popularitätswerte und die Unterstützung für seine Partei, die liberalkonservative Bürgerplattform (PO), auf hohem Niveau zu halten. Hierfür waren nicht zuletzt drei Faktoren verantwortlich. Erstens hob die Regierung hervor, dass Polen erstaunlich gut durch die internationale Finanzkrise kam. Im Jahr 2009 konnte Polen als einziger Mitgliedstaat der EU ein positives Wachstum (1,8%) verbuchen. Diesen Sachverhalt unterstrich die Regierung griffig, indem sie das Land als „grüne Wachstumsinsel“ in einer rot gefärbten, rezessionsgeplagten Union präsentierte. Zweitens hielt sich die Regierung mit radikalen Reformmaßnahmen zurück, wobei immer wieder auf Staatspräsident Lech Kaczyńskis Vetomacht verwiesen wurde. Tatsächlich blockierte dieser einige Vorhaben, doch erwies er sich nicht durchweg als destruktiver Akteur. Drittens konnte das Regierungslager Sympathien halten, weil die Aversion gegen die Kaczyński-Zwillinge und ihre Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) immer noch ausgeprägt war und sich keine wirkliche Alternative zur PO auftat.

Die infolge des Flugzeugunglücks von Smolensk notwendig gewordenen Neuwahlen für das Amt des Staatspräsidenten änderten an dieser Situation wenig. Zwar gab sich der für die PiS antretende und noch sichtbar unter dem Eindruck des Todes seines Bruders Lech stehende Jarosław Kaczyński nun als Mann des Ausgleichs, der den „polnisch-polnischen Krieg“⁴¹ beenden wollte. Doch trotz eines beachtlichen Wahlergebnisses (46% in der Anfang Juli abgehaltenen zweiten Runde) konnte er sich kaum neue Wählerreservoirs erschließen. Bronisław Komorowski, der Kandidat der PO, obsiegte trotz eines eher blassen Wahlkamp-

fes. Zu groß war unter vielen gemäßigten Wählern die Skepsis gegenüber der angeblichen Läuterung Kaczynskis geblieben. Die verbittert-offensive Rhetorik, die der PiS-Chef nach den Wahlen an den Tag legte, bestätigte diese Vermutung.

Mit dem Sieg Komorowskis hat die Bürgerplattform ihre Position gefestigt. Polen hat nach einer Phase der Kohabition eine neue Chance auf Gleichklang in Innen- und Außenpolitik. Gerade das außen- und europapolitische Kompetenzgerangel zwischen Regierung und Staatsoberhaupt, das sich unter Lech Kaczynski ergeben hatte, hat sich mit dem Ausgang der Wahlen weitgehend erledigt.

Ratifizierung und Implementierung des Lissabon-Vertrags

Nach bereits zuvor erfolgter Billigung durch das polnische Parlament hatte Staatspräsident Lech Kaczynski ein positives Votum in Irland zur Bedingung für sein Ja zum Lissabon-Vertrag gemacht. Der europafreundliche Premier Tusk hatte Kaczynski daher nach dem zweiten irischen Referendum dazu aufgerufen, nun unverzüglich seine Zustimmung zu erteilen. Nach kurzem Zögern vollzog Kaczynski am 10. Oktober 2010 diesen Schritt, nicht ohne dabei zu betonen, dass die EU auch weiterhin ein „enger Verbund souveräner Nationalstaaten“ bleibe.² Die polnische Regierung hatte sich schon seit längerer Zeit mit den praktischen Fragen der Umsetzung des Lissabon-Vertrags beschäftigt und ließ daher bereits Ende Oktober ein Non Paper mit Vorschlägen zur Implementierung bzw. zur Funktionsweise der neuen Institutionen zirkulieren. Hierbei wurde u.a. deutlich gemacht, dass Polen weiterhin an einer sichtbaren Rolle der rotierenden Ratspräsidentschaft interessiert ist und den ständigen Präsidenten des Europäischen Rates eher als „Moderator“ denn als echten „Präsidenten“ sieht. Überdies strebte Warschau an, dass die Konkretisierung der „Östlichen Partnerschaft“ bei der Kommission verbleibt, da diese thematisch näher an Fragen der Erweiterung als der Außenbeziehungen liege.³ Deutlich äußerte Polen sich insbesondere zum Europäischen Auswärtigen Dienst. Mit Blick auf eine angemessene personelle Vertretung in der neuen „Diplomatie“ wurde gefordert, dass sich die Mitgliedstaaten mit diesem identifizieren können müssen und z.B. geographische Ausgewogenheit gesichert sein müsse.

Russisch-polnisches Tauwetter und Ernüchterung gegenüber der Ukraine

Die Regierung Tusk verfolgte weiterhin einen pragmatischen Ansatz im Verhältnis zu Russland. Kernstück war hierbei der komplizierte Aussöhnungsprozess zwischen beiden Ländern, der durch die Rede des russischen Premiers Putin auf der Westerplatte anlässlich des 70. Jahrestags des Kriegsbeginns einen wichtigen symbolischen Impuls erhalten hatte. Auch die bilaterale Gruppe für „schwierige Angelegenheiten“, ein Gremium, dem auf polnischer Seite Ex-Außenminister Rotfeld vorsitzt, konnte zu einer Verstärkung des Dialogs insbesondere zu historischen Fragen beitragen. Besonders wichtig war jedoch der polnisch-russische Austausch zu „Katyn“, dem in Russland gelegenen Ort, an dem Tausende polnische Offiziere auf Befehl Stalins erschossen worden waren. Die russischerseits signalisierte Bereitschaft zur Aufarbeitung dieses Verbrechens und die Möglichkeit des gemeinsamen Gedenkens wurde

1 Kaczynski: koniec wojny polsko-polskiej [K.: Ende des polnisch-polnischen Kriegs], in: Gazeta Wyborcza, 29.5.2010, www.wyborcza.pl.

2 Prezydent podpisał Traktat Lizbonski [Der Präsident unterschrieb den Lissabon-Vertrag], in: gazeta.pl, 10.10.2010, www.gazeta.pl.

3 So Europastaatssekretär Dowgiewicz, vgl. Polska propozycja dla Unii Europejskiej [Ein polnischer Vorschlag für die Europäische Union], Euractiv Polen, 23.10.2009, www.euractiv.pl.

von Außenminister Sikorski als Test für die Normalisierung der beiderseitigen Beziehung gewertet.⁴ Denn am 7. April 2010, fast genau 70 Jahre nach dem Beginn der Exekutionen, trafen sich Premier Tusk und sein russischer Amtskollege in der Gedenkstätte von Katyn zu einer gemeinsamen Feierlichkeit. Putin erklärte dort, dass die sowohl gegen polnische als auch sowjetische Bürger begangenen stalinistischen Verbrechen „auf keine Weise gerechtfertigt werden“ können.⁵ Drei Tage später kam es zum Unglück der polnischen Präsidentenmaschine beim Anflug auf das nahe Katyn gelegene Smolensk. Lech Kaczyński, der insbesondere aufgrund seines kritischen Verhältnisses zu Russland der Zeremonie der Regierungschefs nicht hatte beiwohnen können, wollte in Begleitung einer großen Delegation zu einer weiteren Gedenkveranstaltung nach Katyn kommen. Dieses Unglück brachte zunächst einen unerwarteten positiven Schub für die polnisch-russischen Beziehungen. Die authentische Anteilnahme der russischen Gesellschaft, emotionale Gesten der russischen Führung, aber auch die Ausstrahlung des polnischen Films „Das Massaker von Katyn“ zur Hauptsendezeit im öffentlichen Fernsehen Russlands vermittelten in Polen den Eindruck nicht gekannter russischer Empathie. Allerdings wichen diese Eindrücke bald, da insbesondere die polnische Opposition den Kooperationswillen russischer Stellen bei der Aufklärung des Unglücks bezweifelte.⁶ Polens Regierung (und seit Sommer 2010 Präsident Komorowski) ist daher bemüht, den fragilen Dialog mit Russland zu Katyn und Smolensk durch andere Themen wie etwa eine verbesserte wirtschaftliche Kooperation⁷ oder verbesserte Kontakte zwischen polnischen Wojewodschaften und der Oblast Kaliningrad⁸ zu ergänzen. Auch werden auf diplomatischer Ebene neue Dialogforen mit Russland gesucht, so etwa die trilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Russland und Polen.

Offen bleibt, wie tragfähig die russisch-polnische Annäherung ist. Immerhin reaktivierten noch die im Herbst 2009 abgehaltenen und im großen Maßstab angelegten russisch-belarussischen Zapad-Manöver in Polen alte Bedrohungsmuster. Auch ein neuer, im Herbst 2010 nach Intervention der Europäischen Kommission unter Dach und Fach gebrachter Vertrag mit Gazprom über die Lieferung größerer Mengen Erdgas ist in Polen umstritten und könnte Potential für künftige Differenzen bergen.

Die Versachlichung der Beziehungen zu Russland geht einher mit einer spürbaren Ernüchterung gegenüber der Ukraine und anderen Staaten der „direkten östlichen Nachbarschaft“ der EU. In Polen ist mittlerweile von einer regelrechten Ukraine-fatigue die Rede.⁹ Und nach den Präsidentschaftswahlen von 2010 und dem Machtwechsel in Kiew herrscht auch in Polen weiterhin Unklarheit über die strategische Ausrichtung der Ukraine. Nach dem

4 Expose 2010, Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o założeniach polskiej polityki zagranicznej w 2010 roku [Exposé des Außenministers zu den Leitlinien der polnischen Außenpolitik im Jahr 2010], 8.4.2010, www.msz.gov.pl.

5 Putin: z pamięci nie da się wymazać smeczeńskiej mierni niewinnych ofiar [Putin: Der Märtyrertod unschuldiger Opfer lässt sich nicht aus dem Gedenken auslöschen], in: *gazeta.pl*, 8.4.2010, www.gazeta.pl.

6 Jarosław Kaczyński warf der polnischen Regierung „Lakaientum“ gegenüber Russland vor, da sie die Ermittlungen von russischen Behörden durchführen lasse, Jarosław Kaczyński: Chce być premierem [J.K.: Ich will Premier werden], Interview mit J. Kaczyński, in: *Newsweek Polska*, 27.9.2010, www.newsweek.pl.

7 Außenminister Sikorski erklärte in Anwesenheit seines russischen Gegenübers Lavrov, man wolle die polnisch-russischen Beziehungen „entmilitarisieren“ und „ökonomisieren“; Lavrov sprach Anfang September 2010 als Gast bei der Jahreskonferenz der polnischen Botschafter; Sikorski z Lawrowem, czyli strefa zdemilitaryzowana [Sikorski mit Lavrov oder die entmilitarisierte Zone], in: *Gazeta Wyborcza*, 2.9.2010, www.wyborcza.pl.

8 Polen und Russland streben ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr an, der sich überdies auf die gesamte Oblast erstrecken würde.

9 Andrzej Szeptycki, Coraz dalej od idealu [Immer weiter weg vom Ideal], in: *Nowa Europa Wschodnia*, 05/2009, <http://new.org.pl/?module=newspaperarticles&id=141>.

Ableben von Lech Kaczynski sind auch die Beziehungen zu Georgiens Staatspräsident Saakashvili abgekühlt, und der Versuch einer stärkeren Belebung der Zusammenarbeit mit Belarus ist spätestens mit der neuerlichen Gängelung der polnischen Minderheit durch das Minsker Regime zum Erliegen gekommen. Dennoch hält Polen im Rahmen der EU an einer Intensivierung der Kooperationsbeziehungen im Rahmen der Östlichen Partnerschaft (ÖP) fest. Ein Jahr nach der Etablierung der ÖP fand auf Einladung Polens und in Abstimmung mit der spanischen Ratspräsidentschaft ein informelles Außenministertreffen der EU-Mitglieder und der sechs Länder der ÖP im polnischen Sopot statt. In diesem Zusammenhang schlug Polen die Gründung einer Gruppe der Freunde der ÖP vor, der Länder wie die USA und Japan, aber auch Russland angehören sollten.¹⁰ Inhaltlich plädierte Polen u.a. für mehr Geschwindigkeit beim Dialog über langfristige Visa-Liberalisierung mit ÖP-Staaten sowie den Ausbau der zivilgesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Kontakte.

Sicherheit in Europa

Der „instinktive Atlantizismus“ in Polens strategischer Kultur wird in wachsendem Maße durch die sicherheitspolitische Dimension der Europäischen Union ergänzt. Die polnische Regierung unterstrich, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ein Schwerpunktfeld der polnischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2011 sein werde. Bereits im Herbst 2009 hatte Warschau informelle Vorüberlegungen hinsichtlich der Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorgelegt. Darin wurde etwa die Einrichtung eines Stellvertreterpostens des Hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik vorgeschlagen, der speziell für sicherheitspolitische Fragen zuständig sein soll. Auch trat Polen für die Schaffung einer aus EU Battle Groups bestehenden europäischen Stabilization Force oder die Vertiefung der Kooperation zwischen EU und NATO ein.¹¹ Polen unternahm den Versuch, diese und andere Ideen auch gemeinsam mit wichtigen Partnern in der EU voranzubringen. Im Rahmen eines polnisch-französischen Gipfeltreffens im November 2009 wurde eine Gemeinsame Erklärung zur europäischen Sicherheitspolitik verabschiedet.¹² Während einer Zusammenkunft der Außenminister des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen) wurde ebenfalls die Bedeutung der GSVP akzentuiert und das Ziel eines bis 2013 zu schaffenden trinationalen Kampffverbands bekräftigt. Bei alledem ist Polens sicherheitspolitische Bezugnahme auf die USA nicht verschwunden. Polen möchte weiterhin eine enge transatlantische Bindung und eine vitale NATO, weswegen sich Warschau auch intensiv in die Diskussion über das neue strategische Konzept der Allianz einbrachte und u.a. für eine Aufrechterhaltung „klassischer“ Bündnisfunktionen wie Territorialverteidigung eintrat. Dass im Frühjahr 2010 eine Batterie amerikanischer Boden-Luft-Abwehrraketen vom Typ Patriot ins nordostpolnische Morąg verlegt wurde (diese ist dort im Rotationssystem zunächst viermal pro Jahr für einen Monat präsent), zeugt auch davon, dass Polen weiterhin daran interessiert ist, US-Militärhardware auf seinem Gebiet zu bekommen. Doch der Ansatz gegenüber den USA wird „utilitaristischer“. Hinzu kommen

10 Kolejna polska inicjatywa [Eine weitere polnische Initiative], in: Rzeczpospolita, 25.5.2010; Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Nieformalne spotkanie Ministrow Spraw Zagranicznych nt. Partnerstwa Wschodniego [Informelles Treffen der Außenminister zum Thema Östliche Partnerschaft], Sopot, 24.5. 2010, <http://polskawue.gov.pl>.

11 Nawrocceni na Europe [Zu Europa bekehrt], in: Polska Zbrojna, 23.5.2010.

12 Deklaracja Francusko-Polskiego Szczytu w sprawie Bezpieczenstwa i Obrony [Erklärung des französisch-polnischen Gipfels bezüglich Sicherheit und Verteidigung], Paris, 5.11.2009, http://www.paris.polemb.net/files/news/deklaracje%20szczytu%2005list2009/dekl_bezp_PL.pdf.

Zweifel, wie relevant Polen und Ostmitteleuropa für die USA wirklich sind. Die offensichtlich nicht mit Warschau konsultierte und im September 2009 bekanntgegebene Entscheidung Washingtons für ein Aus der Raketenabwehr hat in Polen nicht nur Frustration ausgelöst, sondern auch eine Diskussion über Polens Verhältnis zu den USA gebracht, in deren Ergebnis der europäische Vektor der polnischen Sicherheitspolitik gestärkt wurde. Polen möchte zwar nicht weniger USA und NATO, aber mehr GSVP.

Wirtschaft und Finanzen: Eurozonenkrise, Europa 2020 und der EU-Haushalt

Polen begleitete die Erschütterungen der Eurozone mit großer Aufmerksamkeit. Abgesehen von der Furcht vor wirtschaftlichen und finanziellen Verwerfungen von Euroländern und der gesamten EU sorgte man sich in Polen auch um die politischen Implikationen einer engeren Kooperation und Koordination der Eurozonenmitglieder. Insbesondere die Möglichkeit einer stärkeren Institutionalisierung der Eurogruppe sah man mit großen Bedenken, da hiermit die Befürchtung einher geht, auf diese Weise könne ein neues Kerneuropa ohne polnische Beteiligung entstehen, das überdies zentrale wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen mit Bedeutung für alle anderen EU-Staaten treffen würde. Warschau reagierte hierauf mit zwei Strategien. Einerseits offerierte man als Nicht-Euroland Hilfe für krisengeschüttelte Eurozonenstaaten. So signalisierte Polen (als einziges Nicht-Eurozonenmitglied neben Schweden), sich bei Bedarf in den Anfang Mai von den Finanzministern vereinbarten Stabilisierungsmechanismus einzubringen, da schwere Störungen der Eurozone im Extremfall zu deren Spaltung oder sogar zu einem Zerfallen der EU führen könnten.¹³ Andererseits drängte man darauf, dass sich die Eurozone lediglich mit Sachverhalten beschäftigt, die diese selbst und nicht die ganze Union betreffen. Die polnische Diplomatie intervenierte offensichtlich mit Erfolg beim Präsidenten des Europäischen Rates, um zu erreichen, dass ein Treffen der Eurogruppe im Mai 2010 sich ausschließlich mit Griechenland und nicht mit übergreifenden Fragen befasst.¹⁴

Vor dem Hintergrund der Griechenland-Krise hat Polens Regierung ihren Eurofahrplan spürbar entschleunigt. Premier Tusk und Finanzminister Rostowski haben mehrfach das Jahr 2015 als möglichen Zeithorizont genannt, dabei aber erklärt, dass es sich nicht um ein verbindliches Ziel handle und man angesichts der Situation der Eurozone froh sei, diesem Verbund nicht anzugehören.¹⁵ Auch wenn die Übernahme der Gemeinschaftswährung depriorisiert wurde, steht die Regierung Tusk weiterhin vor der Herausforderung, die Staatsfinanzen zu konsolidieren. Denn trotz soliden Wachstums lag das Haushaltsdefizit 2009 bei über 7% des BIP. Angesichts nahender Parlamentswahlen (voraussichtlich im Herbst 2011) und eines ums politische Überleben kämpfenden Koalitionspartners PSL dürfte es Premier Tusk aber schwer fallen, rasch Linderung herbeizuführen. Nicht zuletzt deswegen sucht Warschau auch nach Wegen, seine Staatsfinanzen durch eine Neuauslegung der EU-Stabilitätskriterien technisch zu verbessern. Zusammen mit anderen ostmitteleuropäischen Mitgliedstaaten fordert Polen, dass Belastungen für den Staatshaushalt, die aus den Rentenreformen der 1990er Jahre stammen, wieder aus der Defizit- und Schuldenberechnung herausgerechnet werden.

13 So Finanzminister Rostowski, der allerdings präziserte, dass es sich hierbei lediglich um Kredite und nicht um Bürgschaften handeln würde, Minister Rostowski: Jesli bedzie taka potrzeba, pomozemy krajom ze strefy euro [Wenn es nötig ist, helfen wir den Ländern aus der Eurozone], Meldung der Nachrichtenagentur PAP, 15.6.2010, www.gazeta.pl.

14 Polska wymogla, ze szczyt eurogrupy bedzie tylko o Grecji [Polen erzwang, dass es beim Eurogruppengipfel nur um Griechenland geht], in: Euractiv.pl, 6.05.2010, www.euractiv.pl.

15 Rostowski: Do euro sie nie spieszymy [R.: Wir haben es mit dem Euro nicht eilig], 12.5.2010.

Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld war für die polnische Regierung die strategische Ausrichtung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Mit Blick auf die Wachstumsstrategie „Europa 2020“ hatte Premierminister Tusk in einem Brief an den Präsidenten des Europäischen Rats Van Rompuy und Kommissionschef Barroso Eckpunkte der polnischen Position formuliert. Dabei wurde deutlich, dass es der polnischen Regierung vornehmlich um Investitionen für Verkehrswege und Telekommunikationsnetze, weniger hingegen um innovations- und forschungsorientierte Maßnahmen oder eine karbonreduzierte Volkswirtschaft geht.¹⁶ Hierbei dürfte es nicht nur um „Europa 2020“ per se gegangen sein. Vielmehr kann der Brief auch bereits im Kontext der Diskussionen um den EU-Haushalt gesehen werden. So richtete Polen im Spätsommer 2010 zusammen mit seinen Partnern aus der Visegrad-Gruppe ein Schreiben an den Präsidenten der Kommission, um damit einer befürchteten Renationalisierung oder Schmälerung des Europäischen Sozialfonds früh entgegenzutreten. Auch nahm die polnische Regierung ein Grundsatzdokument an, in dem die Leitlinien für die polnische Position bezüglich der Ausrichtung der europäischen Kohäsionspolitik festgelegt werden.¹⁷ „Europaminister“ Dowiegiewicz bezeichnete in diesem Zusammenhang die anstehende Auseinandersetzung um den EU-Haushalt für die Periode nach 2013 als die „wichtigste Schlacht“ seit Polens EU-Beitritt.¹⁸

Nahende Präsidentschaft

Die näherrückende polnische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 hat Polens europapolitisches Handeln zunehmend beschäftigt. Anfang 2010 wurde die mit der operativen Koordinierung der Europapolitik betraute Behörde (UKIE) in das Außenministerium integriert, um so Reibungsverluste zwischen beiden Institutionen zu reduzieren. Im Juni 2010 kam es zu einer gemeinsamen Sitzung der polnischen Regierung und der Europäischen Kommission in Brüssel, bei der die polnische Ratspräsidentschaft eine wichtige Rolle spielte. Auch wurden im Frühjahr bzw. Frühsommer Treffen auf Arbeitsebene bzw. zwischen den Außenministern des Präsidentschaftstrios Polen-Dänemark-Zypern abgehalten. Am 21. Juli beschloss der Ministerrat eine vorläufige, noch nicht verbindliche Liste der Prioritäten für die polnische Ratspräsidentschaft. Hierbei wurden sechs Themen fixiert: Finanzrahmen 2014-2020, Beziehungen zum „Osten“, Binnenmarkt, Energieaußenpolitik, GSVP und verbesserte Nutzung intellektuellen Kapitals.¹⁹ Die inhaltliche und prozedurale Vorbereitung der Ratspräsidentschaft wird Polens europapolitische Kapazitäten bis Mitte 2011 in wachsendem Maße absorbieren. Hierbei ist unverkennbar, dass Polen ein ambitioniertes Verständnis seiner Rolle hat und in vielen Bereichen gestalten will.

16 Premier Tusk pisze Brukseli: Inwestujmy w ‘twarda’ infrastrukturę [Premier Tusk schreibt Brüssel: Investieren wir in ‘harte’ Infrastruktur], in: *Gazeta Wyborcza*, 24.3.2010.

17 Komitet do Spraw Europejskich, Polityka Spójności jako skuteczna, efektywna i terytorialnie zroźnicowana odpowiedź na wyzwania rozwojowe Unii Europejskiej. Stanowisko Rządu Rzeczypospolitej Polskiej ws. przyszłości Polityki Spójności po 2013 r. [Die Kohäsionspolitik als effiziente, effektive und territorial differenzierte Antwort auf die Entwicklungsherausforderungen der EU, Position der Regierung der Republik Polen hinsichtlich der Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2013], Warschau, 30.7.2010, www.mrr.gov.pl.

18 Kraje Grupy Wyszehradzkiej razem walczą o unijne pieniądze [Die Länder der Visegrad-Gruppe kämpfen gemeinsam um EU-Gelder], in: *Gazeta Wyborcza*, 19.8.2010.

19 Wstępna lista priorytetów polskiego przewodnictwa w Radzie Unii Europejskiej w II połowie 2011 r. [Vorläufige Prioritätenliste des polnischen Vorsitzes im Rat der EU in der zweiten Hälfte 2011], Warschau, 21.7.2010, www.premier.gov.pl.